



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 29. Sitzung des Ortsbeirates Plauen (OBR PI/029/2017)

am Dienstag, 13. Juni 2017,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Plauen, Ratssaal,
Nöthnitzer Straße 2, 01187 Dresden**

Beginn der Sitzung: 17:30 Uhr
Ende der Sitzung: 19:30 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Irina Brauner

Mitglied Liste CDU

Dr. Gudrun Böhm

Gisela Clauß

Alexander Seedorff

Sarah, Carola Strugale

Mitglied Liste DIE LINKE

Waldemar Peine

Jürgen Stäbener

Gerold Wagner

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Jens Georgi

Xaver Seitz

Mitglied Liste SPD

Bijan Djawid

Heike Wieghardt

Erik Zimmermann

Mitglied Liste FDP

Dietmar Keil

Mitglied Liste Bündnis Freie Bürger

Michael Hauck

Mitglied Liste PIRATEN

Frank Schirlitz

Stellvertretende Mitglieder

Dr. Gotthard Hansel

Klaus Hoffmann

Dr. Fritz Michalczyk

Barbara Schmidt

Vertretung für Herrn Thomas Lehmann

Vertretung für Herrn Uwe Dolge

Vertretung für Herrn Günter Schneider

Vertretung für Herrn Toni Kiel

Abwesend:

Mitglied Liste CDU

Thomas Lehmann

Mitglied Liste DIE LINKE

Uwe Dolge

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Toni Kiel

Mitglied Liste Alternative für Deutschland

Günter Schneider

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung
- 2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
 - 2.1 Für einen Fernbusbahnhof mit Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof! **A0307/17**
beratend
 - 2.2 Erweiterung des Radweg-Winterdienstes **V1630/17**
beratend
- 3 Informationen, Hinweise und Anfragen

öffentlich**1 Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Bestätigung der Tagesordnung**

Die Ortsamtsleiterin begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirates fest. Sie eröffnet die Sitzung. Die Tagesordnung wird anschließend einstimmig bestätigt. Zur Niederschrift beantragt Frau Wieghardt nach Rücksprache, Seite 9, erste Zeile um „...von **etablierten demokratischen** Parteien“ zu ergänzen. Der Ortsbeirat stimmt mit 16/0/2 Stimmen zu. Die Niederschrift in ihrer veröffentlichten Fassung wurde entsprechend geändert.

2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates**2.1 Für einen Fernbusbahnhof mit Fahrradparkhaus am Hauptbahnhof!****A0307/17
beratend**

Die Ortsamtsleiterin begrüßt Herrn Stadtrat Hendrick Stalman-Fischer, der zum interfraktionellen Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen sprechen wird. Herr Stadtrat Stalman-Fischer lenkt die Aufmerksamkeit des Gremiums auf die jahrelangen Überlegungen und Diskussionen, die zum Fernbusbahnhof Dresden geführt worden seien. Der in diesem Jahr durch die Stadtverwaltung vorgelegte Variantenvergleich möglicher Standorte habe verdeutlicht, dass der im Antrag genannte - Wiener Platz West - allen anderen vorzuziehen sei. Unter dem Gesichtspunkt, dass Bau und Betreibung eines Fernbusbahnhofes keine originäre kommunale Aufgabe wären, solle die Verwaltung mit diesem Antrag beauftragt werden, unter Einbeziehung möglicher Investoren - Busunternehmen, Grundstückseigentümer benachbarter Grundstücke - mit der konkreten Vorbereitung des Baues zu beginnen. Für gegebenenfalls notwendig werdendes eigenes finanzielles Engagement setze der Antrag strenge Grenzen. Außerdem weise er auf Möglichkeiten hin, kostensparend mit mehreren Bauphasen zu arbeiten, deren jeweilige Ergebnisse als Fernbusbahnhof bereits genutzt werden könnten. Bei der Refinanzierung der Kosten, unabhängig von deren vorläufigen Trägern, könne von einer Dreiteilung ausgegangen werden: etwa ein Drittel durch Busunternehmen, ein Drittel durch Gewerbe und ein Drittel durch Parkplatzgebühren (PKW/Fahrräder).

Herr Djawid begrüßt eingangs der Diskussion den Antrag. Er möchte aus der Perspektive des Plauener Ortsbeirates natürlich ganz besonders wissen, wie die dauerhafte Entlastung der Bayerischen Straße gewährleistet werden solle. Seiner Auffassung nach gehörte zu dem Antrag ein Passus, der sich diesem Thema widme. Auch möchte er wissen, welche Zu- und Abfahrtswege sich die Antragsteller für das neue Terminal vorstellen.

Stadtrat Stalman-Fischer erklärt, dass Haltestellen genehmigt werden müssen. Nach der Errichtung des neuen Fernbusbahnhofes entfielen der Grund für die Genehmigung derer an der Bayerischen Straße und die Busse würden diese demnach nicht mehr nutzen.

Zu den Fahrwegen der Busse werde die Verwaltung ein Konzept vorlegen und die Routen den Busunternehmen dann verbindlich vorgeben.

Herr Keil meint sich zu erinnern, dass DVB und RVD den hier genannten Standort in der Vergangenheit stets abgelehnt hätten und möchte wissen, wie es sich jetzt verhalte. Auch habe er im Haushalt der Landeshauptstadt keine Gelder für das Projekt gefunden.

Der Vortragende erinnert an seine Ausführungen zur Finanzierung. Schön wäre eine 100%ige durch private Investoren, zum Beispiel im Zusammenhang mit der Errichtung eines Einkaufszentrums. Diese Möglichkeiten seien zunächst zu untersuchen, so wie der Antrag es formuliere. Der Busverkehr habe sich seit der Liberalisierung des Fernbusverkehrs deutlich geändert. Der Busbahnhof sei nunmehr als reiner Fernbusbahnhof konzipiert, der RVD mit seinen Haltestellen unter den Bahnhofsbrücken zufrieden. Dieser habe deshalb keinen Grund mehr zu einer ablehnenden Haltung zum Projekt. Da der von der DVB befürchtete gebündelte Verkehr mit Straßenbahn und RVD-Bussen über die Trasse Wiener Platz West zum Wiener Platz aus den eben genannten Gründen nicht mehr zu erwarten sei, habe auch die DVB AG ihre ablehnende Haltung gegen den Standort aufgegeben.

Frau Strugale erkundigt sich nach der Finanzierung des Fahrradparkhauses. Herr Seedorff möchte zudem wissen, welchen Umfang die im Antrag erwähnten Kompensationsmaßnahmen für Schadstoffemissionen besitzen sollen. Ihn interessiert dabei, inwieweit lediglich die erwarteten zusätzlichen Belastungen in diesem Bereich ausgeglichen werden oder die Maßnahmen auch den derzeitigen Status quo verbessern sollen.

Angesichts der Behandlung eines Antrages von Fraktionen, also keiner Verwaltungsvorlage, sind an diesem Punkt der Erörterung des Themas keine verbindlichen Aussagen gemacht worden. Herr Schirlitz regt im weiteren Verlauf der Debatte nachdrücklich an, dass beim Bau des Busbahnhofes auf Barrierefreiheit bzw. Barrierearmut zwingend zu achten sei. Hierzu zähle auch ein Ansaugesystem zu den bereitstehenden bzw. abfahrenden Bussen. Herr Schirlitz betont, dass er wisse, dass seine Forderungen durch aktuelle Bauvorschriften abgedeckt und verbindlich seien, die Praxis aber zeige, dass es verschiedentlich gelinge, sie dennoch zu umgehen. Das sollte hier zwingend verhindert werden. Herr Stadtrat Stalman-Fischer versichert, diesen Hinweis zu beachten.

Herr Hauck möchte bezüglich der Bayrischen Straße wissen, ob es zeitliche Sachzwänge gebe, sie bis zu einem bestimmten Zeitpunkt vom Busverkehr freizustellen, um zu verhindern, dass es zu einer längerfristigen Weiternutzung auf Grund neu zu vergebender Konzessionen kommen könne. Der Vortragende erklärt, er habe Kenntnis von der Praxis, Haltestellenkonzessionen für etwa 5 Jahre zu vergeben. Dieser Zeitraum sei aber nicht zwingend, so dass die Stadt flexibel auf eventuellen Baufortschritt reagieren könne.

Frau Dr. Böhm regt an, zu prüfen, inwieweit der Busbahnhof als Teil eines Komplexes mit integrierten Tiefgaragen, Verwaltungsgebäude und öffentlichem WC gestaltet werden könnte. Der Vortragende begrüßt diese Überlegungen und betont, dass dies in Ausführung des Antrages zu prüfen sei.

Herr Djawid stellt anschließend den Antrag, folgende Passage als neuen Punkt 5 in den Beschlussvorschlag aufzunehmen (aus Punkt 5 alt wird dann Punkt 6 neu):

„Mit geeigneten Maßnahmen ist vor allem sicherzustellen, dass die Bayrische Straße wirksam und dauerhaft entlastet wird, so dass diese künftig nicht mehr von den betreffenden Bussen als Haltestelle genutzt werden kann.“

Herr Peine hält diese Ergänzung nicht für erforderlich; auch Herr Hauck nicht, der in der Zielstellung des Antrages den hier formulierten Wunsch bereits abgebildet sieht.

Herr Georgi weist indes darauf hin, dass es dem Ortsbeirat Plauen eigentlich im Zusammenhang mit diesem Antrag ausschließlich um die Bayrische Straße gehen sollte, da sie in seine territoriale Zuständigkeit falle.

Die Ortsamtsleiterin bringt anschließend der Ergänzungsantrag Herrn Djawids zur Abstimmung. Der Ortsbeirat stimmt ihm zu.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 13

Ablehnung: 2

Enthaltung: 4

Anschließend bestätigt der Ortsbeirat den so erweiterten Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

1. Varianten zur Errichtung eines Fernbusterminals am Wiener Platz (West) vorzulegen.
 - a. Hierfür sind mit geeigneten Investoren Gespräche zu führen.
 - b. Falls die Stadt einen finanziellen Eigenanteil bereitstellen muss, so hat sich dieser nach 10 Jahren durch die Einnahmen zu amortisieren.
2. Varianten für einen Betrieb des Fernbusterminals vorzulegen, der dauerhaft ohne städtische Zuschüsse auskommt (Betriebskonzept).
3. Mit der Planung des Fernbusterminals als multimodalen Verknüpfungspunkt mit vielfältigen Informations- und Mobilitätsangeboten.
 - a. Dazu gehört ein Fahrradparkhaus und Mobilitätspunkt.
 - b. Die Möglichkeit zur Integration des Regionalbusverkehrs ist zu berücksichtigen, hierzu sind mit dem VVO und den Regionalbusbetreibern Gespräche zu führen.
 - c. Es sind Möglichkeiten zur Kosteneinsparung zu prüfen, insbesondere eine schrittweise Errichtung, einer vorerst kleineren Dachfläche und Synergieeffekte mit benachbarten Einrichtungen.
4. Mit geeigneten Maßnahmen sicherzustellen, dass es vor allem in der Altstadt zu keiner Erhöhung der Luftschadstoff- oder Lärmbelastungen kommt.
5. **Mit geeigneten Maßnahmen ist vor allem sicherzustellen, dass die Bayrische Straße wirksam und dauerhaft entlastet wird, so dass diese künftig nicht mehr von den betreffenden Bussen als Haltestelle genutzt werden kann.**
6. Einen weiteren Fernbushalt im Bereich des Neustädter Bahnhofs unter Berücksichtigung der Beschlussempfehlung des Ortsbeirats Neustadt vom 17.10.16 voranzutreiben.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Ergänzung
Ja 18 Nein 0 Enthaltung 1

2.2 Erweiterung des Radweg-Winterdienstes**V1630/17
beratend**

Frau Brauner erklärt eingangs, dass die Behandlung dieser Vorlage zunächst nicht in den Ortsbeiräten vorgesehen gewesen wäre. Durch Intervention der Ortsamtsleiterinnen und Ortsamtsleiter wurde erreicht, dass eine Überweisung in alle der genannten Gremien erfolgt sei. Allerdings habe der zuständige Geschäftsbereich gleichzeitig erklärt, dass er mangels personeller Kapazitäten keine Vertreter zur Erläuterung des Materials in die Beratungen entsenden könne. Das führe nun dazu, dass der Ortsbeirat die Vorlage lediglich zur internen Begutachtung, Beratung und Beschlussfassung vorliegen habe, ohne dass fachliche Erläuterungen möglich seien.

Frau Schmidt erklärt, dass die Vorlage zahlreiche Fragen aufwerfe, auf die sie Antworten benötigen würde. Insofern könne sie einer internen Debatte nicht viel Sinn abgewinnen. Herr Seitz schließt sich dem an. Er sehe bei der Verwaltung zudem eine Dienstleistungspflicht gegenüber den Ortsbeiräten, die sich auch darin äußere, Vorlagen zu erläutern und Fragen zu beantworten. Dem folgt auch Herr Djawid, da die Vorlage auf ihn den Eindruck mache, als ob sie als bloße Pflichterfüllung gegenüber dem entsprechenden Stadtratsbeschluss erstellt worden sei und alle möglichen Leistungen ohnehin unter den Finanzierungsvorbehalt gestellt worden wären. Frau Strugale weist darauf hin, dass der Ortsbeirat durchaus die Möglichkeit habe, die Vorlage unter diesen Aspekten kategorisch abzulehnen.

Herr Seitz beantragt anschließend eine Beratungspause, die trotz einer Gegenrede Herrn Georgis gewährt wird.

Anschließend stellt er folgenden Geschäftsordnungsantrag:

- 1. Die Erörterung und Abstimmung über die Beschlussvorlage V1630/17 wird auf die nächste Sitzung vertagt.**
- 2. Der Ortsbeirat Plauen fordert den Oberbürgermeister auf, zur Beratung der o.g. Beschlussvorlage einen sachkundigen und informierten Vertreter zu entsenden.**

Herr Wagner erläutert, angesichts der Struktur der Vorlage, die verschiedene Möglichkeiten des Winterdienstes unter verschiedenen Voraussetzungen darstelle, werde deutlich, dass zusätzlich Geld bereitgestellt werden müsse. Es sei demnach unumgänglich, Fragen zum Verständnis zu stellen.

Frau Brauner erinnert der Form halber daran, dass ein Geschäftsordnungsantrag wie der von Herrn Seitz eingebrachte nicht zwingend eine Vertagung der Vorlage zur Folge habe, da der Ortsbeirat nicht Herr des Verfahrens sei.

Anschließend stimmt der Ortsbeirat dem vorgetragenen Antrag zu.

1. Die Erörterung und Abstimmung über die Beschlussvorlage V1630/17 wird auf die nächste Sitzung vertagt.
2. Der Ortsbeirat Plauen fordert den Oberbürgermeister auf, zur Beratung der o.g. Beschlussvorlage einen sachkundigen und informierten Vertreter zu entsenden.

Abstimmungsergebnis:

Vertagung auf Geschäftsordnungsantrag

Ja 18 Nein 1 Enthaltung 0

3 Informationen, Hinweise und Anfragen

Die aktuellen Informationen zum Thema Asyl haben das Ortsamt heute erreicht, so die Ortsamtsleiterin. Sie sind deshalb auf den Plätzen verteilt worden, nebst Werbung für das Mitwirken in Wahlvorständen für die Bundestagswahl und Informationsmaterial zum Beutlerpark.

Frau Brauner informiert weiter darüber, dass an die Ortsbeiräte und das Ortsamt die Beschwerde eines Bürgers von der Windbergstraße gerichtet worden sei, in der er sich über die Fällung einer Linde im Zuge des Neubaus des Rohwasserkanals am Ort beklagt. Er rügt mangelnde Information und mutmaßliche Mängel der Planung bzw. im Bauablauf. Frau Brauner erinnert indes an die 8. Sitzung des Ortsbeirates vom 23.06.2015, in der die Planung des Vorhabens durch Vertreterinnen der DREWAG vorgestellt worden seien und darauf hingewiesen worden war, dass eine Baumfällung möglich werden könne. Genau zu dieser sei es nun gekommen und die Gründe wurden dem Beschwerdeführer in einem Schreiben der zuständigen Bürgermeisterin, Frau Eva Jähnigen, dargelegt. Aus der Antwort werde zudem ersichtlich, dass sich die Stadtverwaltung vor der Fällung zusätzliche eines externen Gutachters bedient habe, um eine sach- und fachgerechte Entscheidung zu gewährleisten.

Herr Georgi berichtet, dass der Beschwerdeführer die an ihn gerichtete Antwort auch den Ortsbeiräten zugänglich gemacht habe. Seine Beschwerde war vor allem Ausdruck von Wut und Traurigkeit, nachdem die Fällung des besagten Baumes für ihn völlig unerwartet erfolgt sei. Herr Wagner berichtet, sich vor Ort ein Bild gemacht zu haben. Die Darstellung der Gesamtsituation mache ihm nunmehr jedoch klar, dass weitergehende Anträge des Ortsbeirates offensichtlich nicht mehr erforderlich bzw. zweckmäßig seien.

Frau Wieghardt möchte wissen, ob und wann an der Windbergstraße auch eine Erneuerung der Straßenbeleuchtung erfolge. Das Ortsamt wird sich darüber informieren.

Herr Djawid fragt nach dem Stand der Sportplatzsanierung und -erweiterung an der Stuttgarter Straße. Frau Brauner erinnert daran, dass sie in der vergangenen Sitzung bereits informiert hätte, dass es zum Thema zwei Vorlagen gegeben habe. Die erste, welche den Neubau eines Kunstrasenplatzes vorsah, werde gegenwärtig umgesetzt. Die zweite hatte eine Erweiterung der Anlage vorgesehen. Diese könne aus baurechtlichen Gründen nicht erfolgen. Der durch sie zugleich vorgesehene Neubau eines Funktionsgebäudes solle den neuen Bedingungen angepasst werden. Die Finanzierung ist neu zu ordnen, da Fördermittel auf Grund der geänderten Situation

entfallen seien. Frau Brauner geht davon aus, dass die geänderte Vorlage ebenso dem Ortsbeirat überwiesen werde.

Herr Schirlitz spricht anschließend ein grundlegendes Problem der Ausstattung von Lichtsignalanlagen in Dresden mit akustischen Anlagen zur Unterstützung Blinder und Sehbehinderter an. Er stelle stets aufs Neue fest, dass die Funktionsweise in der Stadt uneinheitlich und unzuverlässig sei. Der Ortsbeirat teilt die Meinung der Ortsamtsleiterin, dass diesem Thema eine solch grundlegende Bedeutung beizumessen sei, die eine Anfrage des Ortsbeirates an den Oberbürgermeister rechtfertige. Herr Schirlitz wird einen Anfragenentwurf für die 30. Sitzung vorbereiten.

Herr Wagner weist auf die vielen Baustellen im öffentlichen Verkehrsraum im Bereich der nördlichen Bergstraße hin. Nicht nur dort, so Frau Brauner, werde ruhelos gebuddelt. Nähere Informationen können im Baustellenkalender der Stadt online abgerufen werden.

Herr Stäbener berichtet abschließend von dem gelungenen Symposium im Ratssaal und der Kranzniederlegung am Denkmal Fritz Schulzes am 7. Juni.

Frau Brauner beendet im Anschluss die Beratung.

Irina Brauner
Vorsitzende

Rolf Gerhardt
Schriftführer

Gisela Clauß

Dietmar Keil